

CARLOS CALVO
KURDYBAN - LISÉ
H U I S S I E R S D E J U S T I C E

Administration: L-1461 Luxembourg 65, rue d'Eich (Adresse Postale: B.P.2625 L-1026 Luxembourg)

150676 CT **DOSSIER: A35127**

ZUSTELLUNG

Zweitausendelf, den August.

Auf Antrag

1. der Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital **HERALD (LUX) SICAV**, eingetragen im Handelsregister von LUXEMBURG unter Nummer B136680, mit Niederlassung und Firmensitz in L-2163 LUXEMBURG, avenue Monterey 40; deren gerichtliche Abwicklung erklärt wurde durch das Urteil des Bezirksgerichts von und zu Luxemburg vom 2. April 2009 auf der Rechtsgrundlage von Artikel 104(1) des geänderten Gesetzes vom 20. Dezember 2002 bezüglich Sammelanlagegesellschaften, vertreten durch Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1648 LUXEMBURG, Place Guillaume II 24, und Herrn Carlo REDING, Revisor, ansässig zu L-2212 LUXEMBURG, Place de Nancy 6, in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Abwickler der Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital **HERALD (LUX) SICAV**,
bzw. und im Bedarfsfall durch
Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1648 LUXEMBURG, Place Guillaume II 24, und Herrn Carlo REDING, Revisor, ansässig zu L-2212 LUXEMBURG, Place de Nancy 6, in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Abwickler und Vertreter der Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital **HERALD (LUX) SICAV**, mit Niederlassung und Firmensitz in L-2163 LUXEMBURG, avenue Monterey 40, eingetragen im Handelsregister von LUXEMBURG unter Nummer B136680, deren gerichtliche Abwicklung erklärt wurde durch das Urteil des Bezirksgerichts von und zu Luxemburg vom 2. April 2009 auf der Rechtsgrundlage von Artikel 104(1) des geänderten Gesetzes vom 20. Dezember 2002 bezüglich Sammelanlagegesellschaften.
2. von **Maître Ferdinand BURG**, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1648 LUXEMBURG, Place Guillaume II 24, und Herrn Carlo REDING, Revisor, ansässig zu L-2212 LUXEMBURG, Place de Nancy 6, handelnd in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Abwickler und Vertreter der Anleger und Gläubiger der vorgenannten Gesellschaft **HERALD (LUX) SICAV**, in gerichtlicher Abwicklung befindliche Gesellschaft gemäß den Bestimmungen des Urteils vom 2. April 2009,

die als Zustellungsadresse die Kanzlei von Maître **BURG, Ferdinand** wählen, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1648 LUXEMBURG, Place Guillaume II 24, der die Parteivertretung übernimmt,

habe ich, der Unterzeichnende*, **Carlos CALVO/Patrick KURDYBAN**, Gerichtsvollzieher, ansässig zu L-1461 LUXEMBURG, rue d'Eich 65, eingetragen beim Bezirksgericht von und zu Luxemburg,

eine beglaubigte Kopie zugestellt:

1. der luxemburgischen Kommission zur Überwachung des Finanzsektors "Commission de Surveillance du Secteur Financier", einer autonomen öffentlichen Einrichtung, eingetragen im Handelsregister von LUXEMBURG unter Nummer J26, vertreten durch den Vorsitzenden ihres derzeit amtierenden Vorstands, mit Niederlassung und Firmensitz in L-2991 LUXEMBURG, route d'Arion 110;
2. Maître Jacques ELVINGER, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1340 LUXEMBURG, place Winston Churchill 2;
3. der Aktiengesellschaft HSBC Securities Services (Luxembourg) SA, eingetragen im Handelsregister von LUXEMBURG unter Nummer B28531, vertreten durch ihren derzeit amtierenden Verwaltungsrat, mit Niederlassung und Firmensitz in L-1160 LUXEMBURG, boulevard d'Avranches 16;
4. der Aktiengesellschaft österreichischen Rechts 20.20 MEDICI AG, früher BANK MEDICI AG, mit Niederlassung und Firmensitz in A-1010 WIEN, Operngasse 6/4, vertreten durch ihren derzeit amtierenden Verwaltungsrat, eingetragen im Firmenbuch des Handelsgerichts von Wien unter Nummer FN84130x,
- 5.
- 6.
- 7.
- 8.
- 9.
- 10.
- 11.
12. der Aktiengesellschaft ERNST & YOUNG, eingetragen im Handelsregister von LUXEMBURG unter Nummer B47771, vertreten durch ihren derzeit amtierenden Verwaltungsrat, mit Niederlassung und Firmensitz in L-5365 MUNSBACH, rue Gabriel Lippmann 7;

einer mit der Vollstreckbarkeitsformel versehenen vollständigen Abschrift eines Urteils des Bezirksgerichts von und zu LUXEMBURG, das in der zweiten Kammer in der Zusammensetzung für Zivil- und Handelssachen kontradiktorisch am 08. Juli 2011 zwischen den Parteien erging.

Die vorliegende Zustellung erfolgt zur Information, zu Verwaltungszwecken und sämtlichen behördlichen Zwecken, unter sämtlichen Vorbehalten, sowie insbesondere unter dem Vorbehalt der Berufung.

Mit Information der Empfänger dieser Urkunde unter 4), 5), 6), 7), 8), 9) und 10), dass sie die Entgegennahme der Urkunde ablehnen können, wenn diese in einer anderen Sprache abgefasst ist als den folgenden:

a) einer Amtssprache des ersuchten Mitgliedsstaates, oder, wenn in diesem ersuchten Mitgliedsstaat mehrere Amtssprachen existieren, die Amtssprache oder eine der Amtssprachen des Ortes, an dem die Zustellung erfolgen soll

oder

b) einer Sprache, die die Empfänger verstehen.

Hierüber Urkunde und in Erwägung, dass der Empfänger unter 4) in WIEN, Österreich, ansässig ist, habe ich für ihn eine Kopie meiner Urkunde sowie des genannten Schriftsatzes, in zwei Exemplaren, mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache, per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg an die Anschrift der ersuchten und territorial zuständigen Behörde gesandt, d.h. das **"BEZIRKSGERICHT INNERE STADT WIEN, Justizzentrum Wien Mitte Marxergasse 1a, A-1030 WIEN"**. Sofern erforderlich habe ich für den Empfänger unter 4) meine Urkunde sowie den genannten Schriftsatz mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg gegen die meinem Original beigefügten Belege abgeschickt, damit diese Schriftstücke entsprechend Vorschrift (EG) Nr. 1393/2007 des Europarates bezüglich der Zustellung und Notifikation von gerichtlichen und außergerichtlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedsstaaten zugestellt werden;

und in Erwägung, dass der Empfänger unter 5) in WIEN, Österreich, ansässig ist, habe ich für ihn eine Kopie meiner Urkunde sowie des genannten Schriftsatzes, in zwei Exemplaren, mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache, per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg an die Anschrift der ersuchten und territorial zuständigen Behörde gesandt, d.h. das **"BEZIRKSGERICHT FAVORITEN, Angeligasse 35, A-1100 WIEN"**. Sofern erforderlich habe ich für den Empfänger unter 5) meine Urkunde sowie den genannten Schriftsatz mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg gegen die meinem Original beigefügten Belege abgeschickt, damit diese Schriftstücke entsprechend Vorschrift (EG) Nr. 1393/2007 des Europarates bezüglich der Zustellung und Notifikation von gerichtlichen und außergerichtlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedsstaaten zugestellt werden;

und in Erwägung, dass der Empfänger unter 6) in GABLITZ, Österreich, ansässig ist, habe ich für ihn eine Kopie meiner Urkunde sowie des genannten Schriftsatzes, in zwei Exemplaren, mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache, per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg an die Anschrift der ersuchten und territorial zuständigen Behörde gesandt, d.h. das **"BEZIRKSGERICHT PURKERDORF, Hauptplatz 6, A-3002 PURKERDORF"**. Sofern erforderlich habe ich für den Empfänger unter 6) meine Urkunde sowie den genannten Schriftsatz mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg gegen die meinem Original beigefügten Belege abgeschickt, damit diese Schriftstücke entsprechend Vorschrift (EG) Nr. 1393/2007 des Europarates bezüglich der Zustellung und Notifikation von gerichtlichen und außergerichtlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedsstaaten zugestellt werden;

und in Erwägung, dass der Empfänger unter 7) in BADEN, Österreich, ansässig ist, habe ich für ihn eine Kopie meiner Urkunde sowie des genannten Schriftsatzes, in zwei Exemplaren, mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache, per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg an die Anschrift der ersuchten und territorial zuständigen Behörde gesandt, d.h. das **"BEZIRKSGERICHT BADEN, Conrad von Hötzendorf-Platz 6 A-2500 BADEN"**. Sofern erforderlich habe ich für den Empfänger unter 7) meine Urkunde sowie den genannten Schriftsatz mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg gegen die meinem Original beigefügten Belege abgeschickt, damit diese Schriftstücke entsprechend Vorschrift (EG) Nr. 1393/2007 des Euro-

parates bezüglich der Zustellung und Notifikation von gerichtlichen und außergerichtlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedsstaaten zugestellt werden;

und in Erwägung, dass der Empfänger unter 8) in WIEN, Österreich, ansässig ist, habe ich für ihn eine Kopie meiner Urkunde sowie des genannten Schriftsatzes, in zwei Exemplaren, mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache, per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg an die Anschrift der ersuchten und territorial zuständigen Behörde gesandt, d.h. das **"BEZIRKSGERICHT INNERE STADT WIEN, Justizzentrum Wien Mitte Marxergasse 1a, A-1030 WIEN"**. Sofern erforderlich habe ich für den Empfänger unter 8) meine Urkunde sowie den genannten Schriftsatz mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg gegen die meinem Original beigefügten Belege abgeschickt, damit diese Schriftstücke entsprechend Vorschrift (EG) Nr. 1393/2007 des Europarates bezüglich der Zustellung und Notifikation von gerichtlichen und außergerichtlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedsstaaten zugestellt werden;

und in Erwägung, dass der Empfänger unter 9) in WUNSTORF, DEUTSCHLAND, ansässig ist, habe ich für ihn eine Kopie meiner Urkunde sowie des genannten Schriftsatzes, in zwei Exemplaren, mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache, per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg an die Anschrift der ersuchten und territorial zuständigen Behörde gesandt, d.h. das **"AMTSGERICHT NEUSTADT/RUBENBERGE, Ludwig-Enneccerus-Platz 2, D-31535 NEUSTADT (am Rübenberge)"**. Sofern erforderlich habe ich für den Empfänger unter 9) meine Urkunde sowie den genannten Schriftsatz mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg gegen die meinem Original beigefügten Belege abgeschickt, damit diese Schriftstücke entsprechend Vorschrift (EG) Nr. 1393/2007 des Europarates bezüglich der Zustellung und Notifikation von gerichtlichen und außergerichtlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedsstaaten zugestellt werden;

und in Erwägung, dass der Empfänger unter 10) in ITALIEN ansässig ist, habe ich für ihn eine Kopie meiner Urkunde sowie des genannten Schriftsatzes, in zwei Exemplaren, mit einer Übersetzung in die italienische Sprache, per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg an die Anschrift der ersuchten und territorial zuständigen Behörde gesandt, d.h. das **"UFFICIO UNICO DEGLI UFFICIALI GIUDIZIARI PRESSO LA CORTE DU APPELLO DI ROMA, Vial Gulio Cesare Nr. 52, I-00192 ROMA"**. Sofern erforderlich habe ich für den Empfänger unter 10) meine Urkunde sowie den genannten Schriftsatz mit einer Übersetzung in die italienische Sprache per Einschreiben mit Rückschein mit der Post in Luxemburg gegen die meinem Original beigefügten Belege abgeschickt, damit diese Schriftstücke entsprechend Vorschrift (EG) Nr. 1393/2007 des Europarates bezüglich der Zustellung und Notifikation von gerichtlichen und außergerichtlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedsstaaten zugestellt werden.

KOSTEN DER URKUNDE

Gebühr:	60,00
Fahrt:	51,76
Adressen:	72,00
Stempel:	148,00
Registrierung:	12,00
MwSt:	27,56
INSGESAMT:	371,32

Kopie:	375,00
MwSt:	56,25
Porto:	140,00
INSGESAMT:	942,57

Urteil in Handelssachen Nr. 972/11: HERALD (LUX) SICAV, Maître Ferdinand BURG c/
COMMISSION DE SURVEILLANCE DU SECTEUR FINANCIER, Maître Jacques
ELVINGER und HERALD (LUX) SICAV, Maître Ferdinand BURG c/ HSBC SECURITIES
SERVICES (Luxembourg) S.A. 20.20. MEDICI AG ; ERNST & YOUNG S.A.

vom 8. Juli 2011

Maître Ferdinand BURG (Ausfertigung in 20 Seiten)

(WAPPEN)

GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG

BEZIRKSGERICHT VON UND ZU LUXEMBURG

MIT DER VOLLSTRECKBARKEITSFORMEL VERSEHENE
VOLLSTÄNDIGE ABSCHRIFT

WIR, HENRI

*Großherzog von Luxemburg
Herzog von Nassau
usw.*

teilen mit, dass

DAS BEZIRKSGERICHT VON UND ZU LUXEMBURG

zweite Kammer, in der Zusammensetzung für Handelssachen das folgende Urteil in dem
Rechtsstreit gefällt hat, der unter Nummer 129903 und 130008 in das
Streitsachenverzeichnis eingetragen ist.

I) (129903)

Zwischen:

- 1) der Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital **HERALD (LUX) SICAV**, mit Niederlassung und Firmensitz in L-2163 Luxemburg, avenue Monterey 40, eingetragen im Handels- und Firmenregister von Luxemburg unter Nummer B136680; deren gerichtliche Abwicklung erklärt wurde durch das Urteil des Bezirksgerichts von und zu Luxemburg vom 2. April 2009 auf der Rechtsgrundlage von Artikel 104(1) des geänderten Gesetzes vom 20. Dezember 2002 bezüglich Sammelanlagegesellschaften, vertreten durch Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1648 Luxemburg, Place Guillaume II 24, und Herrn Carlo REDING, Revisor, ansässig zu L-2212 Luxemburg, Place de Nancy 6, in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Abwickler der Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital **HERALD (LUX) SICAV**,

bzw. und im Bedarfsfall

Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1648 Luxemburg, Place Guillaume II 24, und Herrn Carlo REDING, Revisor, ansässig zu L-2212 Luxemburg, Place de Nancy 6, handelnd in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Abwickler und Vertreter der Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital **HERALD (LUX) SICAV**, mit Niederlassung und Firmensitz in L-2163 Luxemburg, avenue Monterey 40, eingetragen im Handels- und Firmenregister von Luxemburg unter Nummer B136680, deren gerichtliche Abwicklung erklärt wurde durch das Urteil des Bezirksgerichts von und zu Luxemburg vom 2. April 2009 auf der Rechtsgrundlage von Artikel 104(1) des geänderten Gesetzes vom 20. Dezember 2002 bezüglich Sammelanlagegesellschaften.

- 2) Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1648 Luxemburg, Place Guillaume II 24, und Herrn Carlo REDING, Revisor, ansässig zu L-2212 Luxemburg, Place de Nancy 6, handelnd in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Abwickler und Vertreter der Anleger und Gläubiger der vorgenannten Gesellschaft **HERALD (LUX) SICAV**, in gerichtlicher Abwicklung gemäß den Bestimmungen des Urteils vom 2. April 2009,

Klageführende Parteien gemäß der Urkunde des Gerichtsvollziehers in Luxemburg, Patrick KURDYBAN, vom 17. März 2010,

vertreten durch Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, der die Parteivertretung übernimmt, ansässig zu Luxemburg,

und:

- 1) der luxemburgischen Kommission zur Überwachung des Finanzsektors "**COMMISSION DE SURVEILLANCE DU SECTEUR FINANCIER**", eine öffentliche Einrichtung, mit Niederlassung in L-2991 Luxemburg, route d'Arlon 110, vertreten durch ihren derzeit amtierenden Vorstand;

beklagte Partei im Rahmen der vorgenannten Urkunde des Gerichtsvollziehers Patrick KURDYBAN vom 17. März 2010,

vertreten durch Maître Albert RODESCH, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, der die Parteivertretung übernimmt, ansässig zu Luxemburg,

- 2) Maître Jacques ELVINGER, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1340 Luxemburg, Place Winston Churchill 2, B.P. 425, L-2014 Luxemburg,

beklagte Partei im Rahmen der vorgenannten Urkunde des Gerichtsvollziehers Patrick KURDYBAN vom 17. März 2010,

vertreten durch Maître Marc ELVINGER, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu Luxemburg.

II) (130008)
Zwischen:

- 1) der Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital **HERALD (LUX) SICAV**, mit Niederlassung und Firmensitz in L-2163 Luxemburg, avenue Monterey 40, eingetragen im Handels- und Firmenregister von Luxemburg unter Nummer B136680; deren gerichtliche Abwicklung erklärt wurde durch das Urteil des Bezirksgerichts von und zu Luxemburg vom 2. April 2009 auf der Rechtsgrundlage von Artikel 104(1) des geänderten Gesetzes vom 20. Dezember 2002 bezüglich Sammelanlagegesellschaften, vertreten durch Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1648 Luxemburg, Place Guillaume II 24, und Herrn Carlo REDING, Revisor, ansässig zu L-2212 Luxemburg, Place de Nancy 6, in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Abwickler der Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital **HERALD (LUX) SICAV**,

bzw. und im Bedarfsfall

Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1648 Luxemburg, Place Guillaume II 24, und Herrn Carlo REDING, Revisor, ansässig zu L-2212 Luxemburg, Place de Nancy 6, handelnd in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Abwickler und Vertreter der Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital **HERALD (LUX) SICAV**, mit Niederlassung und Firmensitz in L-2163 Luxemburg, avenue Monterey 40, eingetragen im Handels- und Firmenregister von Luxemburg unter Nummer B136680, deren gerichtliche Abwicklung erklärt wurde durch das Urteil des Bezirksgerichts von und zu Luxemburg vom 2. April 2009 auf der Rechtsgrundlage von Artikel 104(1) des geänderten Gesetzes vom 20. Dezember 2002 bezüglich Sammelanlagegesellschaften.

- 2) Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-1648 Luxemburg, Place Guillaume II 24, und Herrn Carlo REDING, Revisor, ansässig zu L-2212 Luxemburg, Place de Nancy 6, handelnd in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Abwickler und Vertreter der Anleger und Gläubiger der vorgenannten Gesellschaft **HERALD (LUX) SICAV**, in gerichtlicher Abwicklung gemäß den Bestimmungen des Urteils vom 2. April 2009,

klageführende Parteien gemäß der Urkunde des Gerichtsvollziehers in Luxemburg, Patrick KURDYBAN, vom 17. März 2010,

vertreten durch Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, der die Parteivertretung übernimmt, ansässig zu Luxemburg,

und:

- 1) der Aktiengesellschaft **HSBC Securities Services (Luxembourg) SA**, mit Niederlassung und Firmensitz in L-1660 LUXEMBURG, boulevard d'Avranches 16, vertreten durch ihren derzeit amtierenden Verwaltungsrat, eingetragen im Handels- und Firmenregister von Luxemburg unter Nummer B28531,

beklagte Partei im Rahmen der vorgenannten Urkunde des Gerichtsvollziehers Patrick KURDYBAN vom 17. März 2010,

vertreten durch Maître François KREMER, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu Luxemburg;

- 2) der Aktiengesellschaft österreichischen Rechts **20.20 MEDICI AG**, früher BANK MEDICI AG, mit Niederlassung und Firmensitz in A-1010 WIEN, Operngasse 6/4, vertreten durch ihren derzeit amtierenden Verwaltungsrat, eingetragen im Firmenbuch des Handelsgerichts von Wien unter Nummer FN84130x, die als Zustellungsadresse die Kanzlei von Maître Jean BRUCHER wählt, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu L-2680 Luxemburg, rue de Vianden 10,

beklagte Partei im Rahmen der vorgenannten Urkunde des Gerichtsvollziehers Patrick KURDYBAN vom 17. März 2010,

vertreten durch Maître Jean BRUCHER, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu Luxemburg,

3)

4)

5)

6)

beklagte Parteien im Rahmen der vorgenannten Urkunde des Gerichtsvollziehers Patrick KURDYBAN vom 17. März 2011,

vertreten durch Maître Nicolas THIELTGEN, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu Luxemburg;

7)

8)

beklagte Parteien im Rahmen der vorgenannten Urkunde des Gerichtsvollziehers Patrick KURDYBAN vom 17. März 2011,

vertreten durch Maître Marie BENA, bei Gericht zugelassene Rechtsanwältin, ansässig zu Luxemburg;

9)

beklagte Partei im Rahmen der vorgenannten Urkunde des Gerichtsvollziehers Patrick KURDYBAN vom 17. März 2011,

vertreten durch Maître Marc KERGER, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu Luxemburg;

10) der Aktiengesellschaft **ERNST & YOUNG S.A.**, mit Niederlassung und Firmensitz in L-5365 Munsbach, Parc d'Activité Syrdall 7, B.P. L-2017 Luxemburg, vertreten durch ihren derzeit amtierenden Verwaltungsrat, eingetragen im Handels- und Firmenregister von Luxemburg unter Nummer B 47771,

beklagte Partei im Rahmen der vorgenannten Urkunde des Gerichtsvollziehers Patrick KURDYBAN vom 17. März 2011,

vertreten durch Maître Marc KLEYR, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, ansässig zu Luxemburg.

Das Gericht:

Mit der Urkunde des Gerichtsvollziehers in Luxemburg, Patrick KURDYBAN, vom 17. März 2010 haben 1) die Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital HERALD (LUX) SICAV (nachfolgend bezeichnet als HERALD), bzw. und sofern erforderlich Maître Ferdinand BURG sowie Herr Carlo REDING, handelnd in ihrer Eigenschaft als gerichtlich eingesetzte Abwickler und Vertreter der Gesellschaft HERALD, 2) Maître Ferdinand BURG und Herr Carlo REDING, handelnd in ihrer Eigenschaft als gerichtlich eingesetzte Abwickler und Vertreter der Anleger und Gläubiger der Gesellschaft HERALD, die luxemburgische Kommission zur Überwachung des Finanzsektors "COMMISSION DE SURVEILLANCE DU SECTEUR FINANCIER (nachfolgend bezeichnet als CSSF) sowie Maître Jacques ELVINGER vorgeladen, vor dem Bezirksgericht von und zu Luxemburg in der Zusammensetzung für Zivilsachen zu erscheinen, zum Zwecke der Verurteilung der CSSF, den Antragstellern unter 1) bzw. unter 2) auf der Rechtsgrundlage der Artikel 60, 279 und 288 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung (Nouveau Code de procédure civile) das komplette Dossier der Gesellschaft HERALD zu übermitteln, das sich in ihren Händen befindet, sowie insbesondere die folgenden Unterlagen:

bezüglich des Zulassungsdossiers der Gesellschaft HERALD insbesondere:

- das Zulassungsdossier der SICAV und die jeweiligen Aktualisierungen;
- die Kopien der Zulassungen der verschiedenen Akteure innerhalb HERALD, ja sogar der Vergleich, der von der CSSF mit den Kapitalströmen und den Akteuren vor Ort bei der Herald Fund SPC (Cayman) durchgeführt wurde;
- die zwischen der SICAV und der CSSF ausgetauschte Korrespondenz;
- die Kopien sämtlicher Verträge und Unterlagen, die von der SICAV bei der CSSF vorgelegt wurden (geplante Unterlagen und definitive Unterlagen);
- die gesamte Korrespondenz zwischen der CSSF und Dritten bezüglich der SICAV, die nicht unter Punkt 3) enthalten ist;

- die Verpflichtungsschreiben von HSBC Securities Services (Luxembourg) S.A., (nachfolgend bezeichnet als HSBC 2S) und der Bank Medici AG als Promotor der SICAV;
- die Verträge und unterzeichneten bzw. mit Herrn Bernard Madoff sowie Bernard Madoff Investment Securities (nachfolgend bezeichnet als BMIS) ausgetauschten Unterlagen;

bezüglich der Bank Medici in ihrer Eigenschaft als "Investment Manager" von HERALD:

- Informationen zu den Maßnahmen, die von der CSSF im Rahmen der Ernennung der Bank Medici A.G. zum "Investment Manager" des Fonds HERALD durchgeführt wurden sowie zu den Untersuchungen, die bezüglich den Verbindungen zwischen der Bank Medici AG und BMIS erfolgten;
- eine Kopie der gesamten Korrespondenz zwischen der CSSF und der SICAV, ja sogar der Bank Medici AG hinsichtlich der Unterzeichnung des Investment Management - Vertrags;

bezüglich HSBC 2S in ihrer Eigenschaft als "Custodian" und "Service Agent" von HERALD:

- Informationen zu den Maßnahmen, die von der CSSF im Rahmen der Ernennung der HSBC durchgeführt wurden;
- eine Kopie der Maßnahmen des Revisors von HSBC bezüglich der Verfahren von HSBC hinsichtlich Auswahl und Kontrollen der Unterverwahrer;
- eine Kopie der Korrespondenz des Fonds, ja sogar der Zulassung seitens HSBC bei der Ernennung der BMIS zum "Broker" des Fonds HERALD;

bezüglich des Revisors und des Einsatzes der umsichtigen Kontrolle:

- Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen der CSSF im Rahmen der Ernennung von Ernst & Young zum Revisor des Fonds HERALD;
- eine Kopie der gesamten Korrespondenz zwischen Ernst & Young und der CSSF bezüglich dem Fonds HERALD;
- eine Kopie der Unterlagen zu den speziellen Maßnahmen des Revisors im Rahmen des Vorgangs, in dem die CSSF spezifische Anfragen an den Revisor anlässlich des Bestehens des Fonds gestellt haben soll;
- der Stand der Arbeiten von Ernst & Young infolge des Schreibens der CSSF vom 10. April 2009.

I. Zur CSSF

A) Auf der Rechtsgrundlage von Artikel 1 des Gesetzes vom 1. September 1988 bezüglich der Haftung des Staates und der öffentlichen Körperschaften bzw. ersatzweise auf der Rechtsgrundlage der Artikel 1382 und 1383 des luxemburgischen Bürgerlichen Gesetzbuchs (Code civil) in der Hauptsache zwecks Erkennung auf die Haftung der CSSF in Bezug auf die Antragsteller unter 1), ersatzweise in Bezug auf die Antragsteller unter 2), und daher Verurteilung der CSSF zur Entschädigung der Antragsteller unter 1) und ersatzweise der Antragsteller unter 2), für ihren gesamten Schaden;

B) Übermittlung der Schriftsätze

II. Zu Maître Jacques ELVINGER

Ra ELVINGER auf der Rechtsgrundlage der Artikel 60, 279 und 288 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung (Nouveau Code de procédure civile) zu verurteilen, den Antragstellern unter 1) bzw. unter 2) das gesamte Dossier HERALD zu übermitteln, das sich in seinen Händen befindet, sowie genauer, aber nicht ausschließlich die folgenden Unterlagen:

- 1) die mit der CSSF geführte Korrespondenz

- im Rahmen des Zulassungsverfahrens,
- infolge der Aufdeckung des Madoff-Skandals am 11. Dezember 2008 bis zum Tage der Abwicklung,
- 2) die Korrespondenz mit der HSBC 2S im Rahmen der Aushandlung der verschiedenen Verträge, die von HERALD mit HSBC Securities Services geschlossen wurden;
- 3) die Korrespondenz mit der Bank Medici
 - im Rahmen des Zulassungsverfahrens,
 - infolge der Aufdeckung des Madoff-Skandals am 11. Dezember 2008 bis zum Tage der Abwicklung,

damit der/die Entscheid(e) auch für Maître Jacques ELVINGER für gültig erklärt wird/werden, der/die infolge der genannten Ladungsurkunde und infolge der getrennten Urkunde vom heutigen Tage ergeht/ergehen.

Die Antragsteller beantragen ferner die Verurteilung der vorgeladenen Parteien zu einer Prozesskostenentschädigung in Höhe von 50.000 € im Rahmen von Artikel 240 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung (Nouveau Code de procédure civile) sowie zur Übernahme der Kosten der Instanz, mit Erteilung des Rechts an Ra BURG, seine Kostenrechnung direkt bei der unterliegenden Partei einzufordern.

Die Antragsteller beantragen die einstweilige Vollstreckung des Urteils, ungeachtet der Einlegung von Rechtsmitteln, ohne Sicherheitsleistung, auf der Grundlage der Urschrift und vor der Eintragung.

Mit der Urkunde des Gerichtsvollziehers in Luxemburg, Patrick KURDYBAN, vom 17. März 2010 haben 1) die Investmentgesellschaft mit variablem Grundkapital HERALD (LUX) SICAV (nachfolgend bezeichnet als HERALD), bzw. und sofern erforderlich Maître Ferdinand BURG sowie Herr Carlo REDING, handelnd in ihrer Eigenschaft als gerichtlich eingesetzte Abwickler und Vertreter der Gesellschaft HERALD, 2) Maître Ferdinand BURG und Herr Carlo REDING, handelnd in ihrer Eigenschaft als gerichtlich eingesetzte Abwickler und Vertreter der Anleger und Gläubiger der Gesellschaft HERALD, vorgeladen:

- 1) die Aktiengesellschaft HSBC Securities Services (Luxembourg) S.A. (nachfolgend bezeichnet als HSBC),
- 2) die Aktiengesellschaft österreichischen Rechts 20.20 Medici AG, früher BANK MEDICI AG,
- 3) ,
- 4)
- 5)
- 6)
- 7)
- 8)
- 9)
- 10) die Aktiengesellschaft ERNST & YOUNG,

vor dem Bezirksgericht von und zu Luxemburg in der Zusammensetzung für Handelssachen zu erscheinen, im Hinblick auf die Anordnung der Verbindung dieses Antrags mit demjenigen, der am gleichen Tage gegen die CSSF und Ra Jacques ELVINGER gerichtet wurde, zum Zwecke der Erklärung, dass der Antrag im Grundsatz berechtigt ist und daher:

I. Zur Gesellschaft HSBC

A) In ihrer Eigenschaft als "Custodian"

1a) die Gesellschaft HSBC 2S hauptsächlich zu verurteilen, den Antragstellern unter 1), ersatzweise den Antragstellern unter 2), die Titel und Finanzinstrumente zurückzugeben, die in der Urkunde aufgezählt sind und deren Bruttoerwerbspreis sich auf 288.080.030,96 USD beläuft, wobei dieser Antrag auf Rückgabe bzw. Zahlung sich um die Wertsteigerung erhöht, die auf der Grundlage einer Verwaltung mit der gebotenen Sorgfalt und entsprechend der Investitionspolitik des Fonds ab dem 28. November 2008 bis zur vollständigen Rückgabe oder Zahlung kalkuliert wird, bzw. ersatzweise zuzüglich der gesetzlichen Zinsen ab dem 28. November 2008 bzw. ersatzweise ab dem Tage der Vorladung vor Gericht bis zur vollständigen Begleichung.

Die Antragsteller beantragen, dass zur Verurteilung zur Rückgabe eine Geldstrafe in Höhe von 10 Millionen Euro pro Verzugstag ab dem Datum der Zustellung des Urteils bis zur vollständigen Vollstreckung hinzukommt.

b) Ersatzweise die HSBC 2S zu verurteilen, den Antragstellern unter 1), ersatzweise den Antragstellern unter 2) - unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer Erhöhung im Laufe der Instanz - den Betrag in Höhe von 255.600.000 USD zu erstatten, der den Beträgen entspricht, die auf dem Konto bei der HSBC 2S bar eingezahlt wurden, wobei zu diesem Antrag die Wertsteigerung hinzukommt, die auf der Grundlage einer Verwaltung mit der gebotenen Sorgfalt und entsprechend der Investitionspolitik des Fonds ab den jeweiligen Anlagen bzw. ab dem 28. November 2008 bis zur vollständigen Begleichung kalkuliert wird, bzw. ferner ersatzweise zuzüglich der gesetzlichen Zinsen ab dem Datum der jeweiligen Anlagen, bzw. ab dem 28. November 2008, bzw. ferner ersatzweise ab dem Tage der Vorladung vor Gericht bis zur vollständigen Begleichung.

Die Antragsteller beantragen, dass zur Verurteilung zur Erstattung eine Geldstrafe in Höhe von 10 Millionen Euro pro Verzugstag ab dem Datum der Zustellung des Urteils bis zur vollständigen Vollstreckung hinzukommt.

2) Ersatzweise a) die Auflösung des "Custody agreement" vom 1. März 2008 zu verkünden und die Parteien in den vorherigen Stand zu versetzen, b) die HSBC 2S zu verurteilen, den Antragstellern unter 1), ersatzweise den Antragstellern unter 2) ihre gesamte Investition zu erstatten, d.h. - unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer Erhöhung im Laufe der Instanz - den Betrag in Höhe von 255.600.000 USD, der den Beträgen entspricht, die auf dem Konto bei der HSBC 2S bar eingezahlt wurden, wobei zu diesem Antrag die Wertsteigerung hinzukommt, die auf der Grundlage einer Verwaltung mit der gebotenen Sorgfalt und entsprechend der Investitionspolitik des Fonds ab den jeweiligen Anlagen bzw. ab dem 28. November 2008 bis zur vollständigen Begleichung kalkuliert wird, bzw. ferner ersatzweise zuzüglich der gesetzlichen Zinsen ab dem Datum der jeweiligen Anlagen, bzw. ab dem 28. November 2008, bzw. ferner ersatzweise ab dem Tage der Vorladung vor Gericht bis zur vollständigen Begleichung,

c) die HSBC 2S ferner zu verurteilen, den Antragstellern unter 1), ersatzweise den Antragstellern unter 2) - unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer Erhöhung im Laufe der Instanz - den Betrag von 24.136,12 USD zu bezahlen, der den Provisionen, Kosten und Auslagen entspricht, die aufgrund des Fehlens einer Gegenleistung durch HERALD gegenüber der HSBC 2S in Erfüllung des "Custody agreement" unbegründeter Weise bezahlt wurden, nebst den gesetzlichen Zinsen ab den jeweiligen Zahlungen bzw. ab dem 28. November 2008, bzw. ab dem Antrag vor Gericht bis zur vollständigen Begleichung.

Die Antragsteller beantragen, dass zur Verurteilung zur Erstattung eine Geldstrafe in Höhe von 10 Millionen Euro pro Verzugstag ab dem Datum der Zustellung des Urteils bis zur vollständigen Vollstreckung hinzukommt.

B) In ihrer Eigenschaft als "Service Agent"

- 1) die Auflösung des "Service agreement" vom 1. März 2008 zu verkünden und die Parteien in den vorherigen Stand zu versetzen;
- 2) die HSBC zu verurteilen, den Antragstellern unter 1), ersatzweise den Antragstellern unter 2) - unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer Erhöhung im Laufe der Instanz - den Betrag von 252.463,19 USD zu bezahlen, der den Provisionen, Kosten und Auslagen entspricht, die aufgrund des Fehlens einer Gegenleistung durch HERALD gegenüber der HSBC 2S in Erfüllung des "Service agreement" vom 1. März 2008 unbegründeter Weise bezahlt wurden, nebst den gesetzlichen Zinsen ab den jeweiligen Zahlungen bzw. ab dem 28. November 2008, bzw. ab dem Antrag vor Gericht bis zur vollständigen Begleichung.

Die Antragsteller beantragen, dass zur Verurteilung zur Erstattung eine Geldstrafe in Höhe von 10 Millionen Euro pro Verzugstag ab dem Datum der Zustellung des Urteils bis zur vollständigen Vollstreckung hinzukommt.

C) In ihren Eigenschaften als "Custodian" und "Service Agent"

hauptsächlich auf die vertragliche Haftung bzw. und ersatzweise auf die außervertragliche Haftung von HSBC 2S zu erkennen und diese daher zusammen mit den Vorgeladenen unter 2) bis 10) gesamtschuldnerisch bzw. "in solidum", bzw. jeden in Höhe seines Anteils zu verurteilen, den Antragstellern unter 1), sowie ersatzweise den Antragstellern unter 2) ihren gesamten Schaden zu erstatten.

II) Zur Aktiengesellschaft österreichischen Rechts 20.20 Medici AG, früher Bank Medici,

A) In ihren Eigenschaften als "Investment Manager" und "Promotor" von HERALD,

- 1) die Auflösung der Vereinbarung zu verkünden, die die Bank Medici in ihrer Eigenschaft als "Investment Manager" mit dem Fonds Herald verband und die Parteien in den vorherigen Stand zu versetzen,
- 2) die Vorgeladene unter 2) zu verurteilen, den Antragstellern unter 1), ersatzweise den Antragstellern unter 2) - unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Erhöhung - den Betrag von 2.659.607,02 USDE zu erstatten - der den Provisionen, Kosten und Auslagen entspricht, die unbegründeter Weise gezahlt wurden, da keine Gegenleistung der Gesellschaft HERALD gegenüber 20.20 Medici AG für ihre Aktivität der Verwaltungsbeauftragten von HERALD erbacht wurde, nebst den gesetzlichen Zinsen ab den jeweiligen Zahlungen bzw. ab dem 28. November 2008, bzw. ab dem Antrag vor Gericht bis zur vollständigen Begleichung;

B) In ihren Eigenschaften als "Investment Manager" und "Promotor" von Herald:

hauptsächlich auf die vertragliche Haftung bzw. und ersatzweise auf die außervertragliche Haftung der Bank Medici in ihrer Eigenschaft als "Investment Manager" und "Promotor" von HERALD zu erkennen, bezüglich der Antragsteller unter 1), ersatzweise bezüglich den Antragstellern unter 2), und diese daher zusammen mit den Vorgeladenen unter 1) und 3) bis 10) gesamtschuldnerisch bzw. "in solidum", bzw. jeden in Höhe seines Anteils zu verurteilen, den Antragstellern unter 1), sowie ersatzweise den Antragstellern unter 2) ihren gesamten Schaden zu erstatten.

III) Zu den Mitgliedern des Verwaltungsrats von HERALD

hauptsächlich auf die vertragliche Haftung bzw. und ersatzweise auf die außervertragliche Haftung der Vorgeladenen unter 3) bis 9) auf der Rechtsgrundlage von Artikel 59, Absätze 2 und 1, des Gesetzes von 1915 bezüglich der Antragsteller unter 1), ersatzweise der Antragsteller unter 2), zu erkennen;

ersatzweise auf die außervertragliche Haftung der Vorgeladenen unter 3) bis 9) auf der Rechtsgrundlage der Artikel 1382 und 1383 des luxemburgischen Bürgerlichen Gesetzbuchs (Code civil) in Bezug auf die Antragsteller unter 1) und ersatzweise in Bezug auf die Antragsteller unter 2) zu erkennen;

daher die Vorgeladenen unter 3) bis 9) zu verurteilen, gesamtschuldnerisch bzw. "in solidum" bzw. jeden in Höhe seines Anteils, den Antragstellern unter 1), ersatzweise den Antragstellern unter 2), ihren gesamten Schaden zu erstatten,

IV) Zur Aktiengesellschaft ERNST & YOUNG S.A. (nachfolgend bezeichnet als Ernst & Young),

A) die Auflösung des Vertrags zu verkünden, der Ernst & Young mit Herald verband und die Parteien in den vorherigen Stand zu versetzen,

daher Ernst & Young zu verurteilen, den Antragstellern unter 1), sowie ersatzweise den Antragstellern unter 2) - unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer Erhöhung - den Betrag von 95.708,45 USD zu bezahlen, der den aufgrund des Nichterfolgens einer Gegenleistung durch HERALD gegenüber Ernst & Young in Erfüllung des zwischen den Parteien existierenden Vertrags unbegründeter Weise gezahlten Honoraren entspricht, nebst den gesetzlichen Zinsen ab den jeweiligen Auszahlungen, bzw. ab dem 28. November 2008, bzw. ab dem Antrag vor Gericht bis zur vollständigen Begleichung.

Die Antragsteller beantragen, dass zur Verurteilung zur Erstattung eine Geldstrafe in Höhe von 10 Millionen Euro pro Verzugstag ab dem Datum der Zustellung des Urteils bis zur vollständigen Vollstreckung hinzukommt.

B) Hauptsächlich auf die vertragliche bzw. und ersatzweise außervertragliche Haftung von Ernst & Young bezüglich der Antragsteller unter 1), ersatzweise der Antragsteller unter 2), zu erkennen.

daher Ernst & Young, zusammen mit den Vorgeladenen unter 1) bis 9), gesamtschuldnerisch bzw. "in solidum" bzw. jeden in Höhe seines Anteils zu verurteilen, den Antragstellern unter 1), ersatzweise den Antragstellern unter 2), ihren gesamten Schaden zu erstatten.

C) Übermittlung der Aktenstücke

Ernst & Young auf der Rechtsgrundlage der Artikel 60, 279 und 288 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung zu verurteilen, den Antragstellern unter 1) sowie den Antragstellern unter 2), das gesamte Dossier des Fonds HERALD zu übermitteln, das sich in ihren Händen befindet, sowie genauer aber nicht ausschließlich die folgenden Unterlagen:

- die geprüften Konten zum Datum der Löschung der SICAV aus der offiziellen Liste der Sammelanlagegesellschaften,
- die geprüften Konten zum Datum der Verkündung der Abwicklung der SICAV,
- den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008, der obligatorisch der CSSF innerhalb einer Frist von vier Monaten ab dem Ende des Zeitraums vorgelegt werden muss, auf den sich dieser Bericht bezieht,

den Revisionsbericht zur Geschäftstätigkeit der SICAV entsprechend den Bestimmungen des Rundschreibens CSSF 02/81 und dies für den Zeitraum, der am 31. Dezember 2008 endete, der der CSSF innerhalb einer Frist von vier Monaten ab dem Ende des Zeitraums vorgelegt werden muss, auf den sich dieser Bericht bezieht.

Für sämtliche vorgeladenen Parteien

Gesamtschuldnerische Verurteilung bzw. Verurteilung der Vorgeladenen unter 1) bis 10) "in solidum" bzw. jeden in Höhe seines Anteils, den Antragstellern unter 1), bzw. ersatzweise den Antragstellern unter 2) ihren gesamten Schaden zu erstatten, die Vorgeladenen unter 1) bis 10) zusammen mit der Vorgeladenen unter 1) der vorgenannten Vorladungsurkunde vom gleichen Tage, die gegen die CSSF und Ra Jacques ELVINGER gerichtet ist, d.h. der CSSF, gesamtschuldnerisch, bzw. "in solidum" bzw. jeden in Höhe seines Anteils zu verurteilen, den Antragstellern unter 1) bzw. ersatzweise den Antragstellern unter 2) ihren gesamten Schaden zu erstatten.

Die Antragsteller beantragen nach Ablauf einer Frist von drei Monaten ab Zustellung des Urteils die Heraufsetzung des gesetzlichen Zinssatzes um drei Punkte.

Sie beantragen die Verurteilung der Vorgeladenen unter 1) bis 10) zusammen mit der CSSF, gesamtschuldnerisch, bzw. "in solidum" bzw. jeden in Höhe seines Anteils, zur Leistung einer Vorauszahlung des unstrittigen Betrags in Höhe von 200.000.000 EUR.

Sie beantragen die Erklärung der einstweiligen Vollstreckbarkeit dieser Verurteilung ohne Sicherheitsleistung.

Die Antragsteller beantragen ferner die Zuweisung einer Prozesskostenentschädigung in Höhe von 50.000 EUR auf der Rechtsgrundlage von Artikel 240 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung (Nouveau Code de procédure civile) sowie die Verurteilung der vorgeladenen Parteien zur Übernahme sämtlicher Kosten der Instanz mit der Erteilung des Rechts an Ra Burg, seine Kostenrechnung direkt bei der unterliegenden Partei einzufordern, bzw. eine weitestgehend günstige Aufteilung für die Partei von Ra BURG einzurichten.

Sie beantragen die Erklärung der einstweiligen Vollstreckbarkeit des Urteils, ungeachtet der Einlegung von Rechtsmitteln, ohne Sicherheitsleistung, auf der Grundlage der Urschrift und vor der Eintragung.

Durch einen Verwaltungsbeschluss wurde die Verbindung der zivilrechtlichen und der handelsrechtlichen Klage angeordnet, damit die beklagten Parteien in dem handelsrechtlichen Rechtsstreit Parteianträge bezüglich des gegen die CSSF und Maître Jacques ELVINGER gerichteten Antrags der Abwickler auf Vorlage von Schriftsätzen einbringen können.

Es ist ein Rechtsprinzip, dass die Verbindung von Streitsachen einen reinen Untersuchungsakt darstellt, der jedem Beteiligten seine eigene Individualität lässt und keine Bewertung hinsichtlich der Statthaftigkeit außer bezüglich der Hauptsache enthält und die Beteiligten nicht in eine einzige Instanz zwingt (Berufungsgericht 1. Juli 1992, Pas 29, S. 12 und 12. Januar 2006, Nummer 29483 des Streitsachenverzeichnisses).

Im vorliegenden Urteil wird nicht über die Anträge auf freiwillige Intervention befunden, die von den einzelnen, an dem in Handelssachen anliegenden Streitfall beteiligten beklagten Parteien vorgelegt wurden.

Infolge des Austauschs der Parteianträge zwischen sämtlichen Parteien wurde eine eingeschränkte Abschlussverfügung erlassen, die sich ausschließlich auf die Anträge zur Vorlage

von Schriftsätzen gegen die CSSF, Ra Jacques ELVINGER und Ernst & Young bezog, mit Vertagung der Untersuchung der übrigen Hauptanträge und freiwilligen Interventionen.

Vor jeder weiteren Ausführung besteht Veranlassung zur Präzisierung der Terminologie in Sachen einer Beweisführung anhand von Schriftsätzen.

Die Einbringung von Schriftsätzen ist *"der Umstand der Einbringung von Unterlagen in die mündliche Verhandlung, die es ermöglichen oder fördern können, dass ein Beweis für bestimmte Elemente eines Streitfalls erbracht werden kann"* (G. Couchez, Zivilprozess, Sirey, 15. Ausgabe, 2008, Nr. 322). Es kommt vor, dass eine Partei oder ein Dritter einen Schriftsatz besitzt, der es einer anderen Partei erlauben könnte, den Nachweis für ihre Behauptungen zu erbringen. Diese kann dann beim Richter die Anordnung der Vorlage dieses Schriftsatzes beantragen. Von der Vorlage von Schriftsätzen muss man die Übermittlung von Schriftsätzen unterscheiden, die eine Manifestation des Prinzips des Widerspruchs darstellt (G. Couchez, *op. cit.* Nr. 328).

Die Vorlage bezieht sich auf Schriftsätze, die noch nicht in der mündlichen Verhandlung verwendet wurden; sie besteht darin, dem Richter auf eigene Initiative oder infolge seiner Aufforderung ein Beweiselement vorzulegen. In diesem Fall handelt es sich um eine *"Zwangsvorlage"* und betrifft Schriftsätze, die nicht zur Unterstützung einer der Behauptungen der Parteien geltend gemacht werden, sondern deren Existenz einer anderen Partei bekannt ist, die davon ausgeht, dass sie ihr nützlich sein könnten, ohne allerdings angeben zu können, ob sie sich im Besitze der anderen Partei oder eines Dritten befinden. Die Vorlage ist vor allem dazu bestimmt, zur Darlegung der Wahrheit beizutragen und kann daher sowohl die Parteien als auch am Verfahren beteiligte Dritte betreffen.

Die Übermittlung ist hauptsächlich und vor allem dazu bestimmt, den Widerspruch zu unterstützen. Dieser ist die Konsequenz der Vorlage.

In Erwägung dieser Definitionen und Unterscheidungen besteht Veranlassung zu der Erklärung, dass der vorliegende Vorgang als ein *"Antrag auf Zwangsvorlage von Schriftsätzen"* zu verstehen ist.

Zu dem gegen die CSSF gerichteten Antrag

Die CSSF unterstreicht, dass sie am 15. Mai 2009, 14. Oktober 2009 und 27. Juli 2010 sämtliche Unterlagen, soweit sie damit nicht gegen ihr Berufsgeheimnis verstieß, an die Liquidatoren weitergeleitet hat. Sie weist daraufhin, dass sie keinen Schriftsatz im Rahmen dieses Gerichtsverfahrens übermittelt habe, so dass die Voraussetzungen der Loyalität, die von den beklagten Parteien in der Handelsstreitsache geltend gemacht werden, nicht in Frage gestellt sind.

Der gemäß der Gerichtsordnung angerufene Richter kann, sofern er zuständig für die Bearbeitung eines Streitfalls ist, anlässlich dem eine Partei ihn auffordert, einen Dritten oder eine Partei aufzufordern, ein Beweiselement vorzulegen, ohne Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung durchaus eine solche Maßnahme anzuordnen.

Die CSSF macht allerdings zu Recht geltend, dass das Bezirksgericht nicht für die Bearbeitung des Antrags der Liquidatoren in ihrer Eigenschaft als Bürger zuständig ist, die die Behörde (im vorliegenden Falle die CSSF) auffordern, eine Kopie ihres Verwaltungsdossiers vorzulegen, da ein derartiger Antrag als Rechtsgrundlage Artikel 1, Absatz 3 des Gesetzes vom 1. Dezember 1978 hat, in dem nicht streitige Verwaltungsverfahren geregelt sind und der verfügt, dass die Regeln, die in Form einer großherzoglichen Richtlinie zu verfassen sind, *"das Recht des Bürgers..... auf Übermittlung des Verwaltungsdossiers..."* zum Gegenstand haben, sowie Artikel 11 der großherzoglichen Richtlinie vom 8. Juni 1979, in dem ver-

fügt ist: *"Jeder Bürger hat das Recht auf vollständige Übermittlung des seine Verwaltungssituation betreffenden Dossiers, immer wenn diese von einem ergangenen oder anstehenden Verwaltungsentscheid betroffen ist oder es sein könnte."*

Der vorliegende Antrag der Abwickler ist als ein Einspruch gegen einen individuellen Verwaltungsbeschluss zu werten, der von einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ausgeht. Dieses Recht auf Übermittlung des Verwaltungsdossiers hat daher nicht das Zivilrecht zum Gegenstand, wie in Artikel 85 der Verfassung vorgesehen, da kein subjektives Privatrecht berührt ist, das den Regeln des Zivilrechts unterliegt.

Daher ist das angerufene Gericht nicht für die Bearbeitung des Antrags zuständig, der von den Liquidatoren in ihrer Eigenschaft als Bürger gegenüber einer Person des öffentlichen Rechts vorgelegt wurde.

Die CSSF macht in *"limine litis"* den unklaren Wortlaut der gegnerischen Anträge sowohl hinsichtlich der Entschädigung als auch hinsichtlich der Übermittlung von Schriftsätzen mit der Begründung geltend, dass aus dem Antrag nicht hervorgehe, wer von ihr was verlange.

Die CSSF legt dar, dass die Vorladung auf Antrag von 1) HERALD ergeht, bzw. und sofern erforderlich auf Antrag von Ra BURG und Hr. Reding, die in ihrer Eigenschaft als Liquidatoren und Vertreter von HERALD handeln, sowie von 2) Ra BURG und Hr. Reding, die in ihrer Eigenschaft als gerichtlich eingesetzte Liquidatoren und Vertreter der Anleger und Gläubiger von HERALD handeln und dass der gegen sie gerichtete Antrag auf Vorlage von Schriftsätzen gemäß dem Tenor des Antrags von den Antragstellern unter 1) bzw. unter 2) vorgelegt wird.

Die CSSF betont, dass der Antrag auf Übermittlung von Schriftsätzen aufgrund seiner unklaren Formulierung nicht statthaft bzw. nichtig sei, da in ihm kein spezieller Schriftsatz genannt sei und sich die Antragsteller darauf beschränkten, eine Verurteilung zur Übermittlung eines bestimmten Dossiers, einer Korrespondenz oder von Informationen zu durchgeführten Maßnahmen zu verlangen.

Artikel 154 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung verlangt vom Antragsteller, in seiner Ladungsurkunde den Gegenstand des Antrags sowie eine Zusammenfassung der geltend gemachten Rechtsmittel anzugeben. Diese Angaben, die den Wortlaut der Urkunde darstellen, haben zum Ziel, dem Beklagten in ausdrücklicher Form den Gegenstand des Verfahrens und die zur Unterstützung geltend gemachten Rechtsmittel zur Kenntnis zu bringen, d.h. auf welche Eigenschaften, welchen Titel und welchen Rechtsgrund sich der Beklagte stützt. Wenn auch die Darstellung der Rechtsmittel eine Zusammenfassung sein kann, so muss der Gegenstand des Antrags doch stets vollständig und eindeutig dargelegt werden.

Im Falle einer Klägerpluralität muss die verfahrenseinleitende Schrift es dem Beklagten ermöglichen, herauszufinden, von wem er vor Gericht geladen wurde, sowie die Eigenschaft und die Möglichkeiten der Kläger zu bewerten.

Bei Sammelverfahren handeln die gerichtlich eingesetzten Abwickler sowohl in den Rechten des abgewickelten Unternehmens als auch in den Rechten der Gläubiger bzw. im vorliegenden Falle auch der Anleger.

Im vorliegenden Falle beantragen die Antragsteller im Tenor der Vorladung hauptsächlich die Übermittlung von Schriftsätzen an die in Abwicklung befindliche Gesellschaft, die sie vertreten und andernfalls, d.h. ersatzweise, an die Liquidatoren, die in den Rechten der Gläubiger und Anleger handeln.

Daher erlaubt es die Vorladung der CSSF die jeweilige Qualität der Kläger zu bewerten.

Die CSSF betont, dass trotz einer Unterteilung des Antrags in diesem kein spezielles Schriftstück genannt sei und die Kläger sich auf die Forderung einer Verurteilung zur Übermittlung des Dossiers, der Korrespondenz und der Informationen zu den durchgeführten Maßnahmen beschränken und dass diese Ungenauigkeit unzweifelhaft nachteilig und der Antrag der Abwickler ferner hinsichtlich des Zeitraums vage formuliert sei, zu dem die Informationen und Dokumente verlangt werden.

Im vorliegenden Fall findet sich die Präzisierung des Antragsgegenstands, eine in Artikel 154 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung allgemein für den gerichtlichen Antrag formulierte Anforderung, in Artikel 288 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung für den Antrag auf Zwangsvorlage von Schriftsätzen.

Gemäß der Rechtsprechung gilt, dass die klageführende Partei für eine erfolgreiche Einbringung eines Antrags auf Zwangsvorlage von durch eine Partei gehaltenen Schriftsätzen, der in Artikel 288 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung vorgesehen ist, das geforderte Schriftstück in ausreichend genauer Weise bezeichnen muss, damit dessen Identifizierung möglich ist. Sie muss ferner beweisen, inwiefern die Vorlage dieses Schriftsatzes für die Lösung des Streitfalls zweckdienlich ist. Es muss in der Tat vermieden werden, dass eine Partei unter dem Deckmantel eines Antrags auf Vorlage von Schriftsätzen eine Art der privaten Durchsuchung in den Archiven des Gegners oder eines Dritten durchführt. Wenn die Anforderung einer Spezifikation von Schriftsätzen auch einen Antrag auf Zwangsvorlage mehrerer Unterlagen nicht unmöglich macht, so müssen doch sämtliche Unterlagen eindeutig eingegrenzt und die Dokumente identifiziert bzw. mindestens identifizierbar sein.

Es ist gängige Rechtsprechung, dass ein Antrag auf Vorlage des "Verwaltungs dossiers"... diese Bedingungen nicht erfüllt. Der Antrag wird abgewiesen, da die Antragsteller weder den Inhalt des sogenannten "Verwaltungs dossiers" benennen, noch angeben, inwiefern die Vorlage zweckdienlich sein soll (vgl. Berufungsgericht 4. Februar 2009, Nummer des Streitsachenverzeichnisses 32.445).

Die Abwickler nennen in globaler Weise die Elemente des HERALD-Dossiers, die sich mutmaßlich in Händen der CSSF befinden, insbesondere die mit der SICAV und Dritten ausgetauschte Korrespondenz. Sie beantragen ferner eine Kopie der durchgeführten Maßnahmen. Auch wenn Artikel 288 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung von einem "Antrag auf Vorlage von Beweiselementen, die von den Parteien gehalten werden" spricht, stellt sich das Problem der Ausstellung einer Kopie einer durchgeführten Maßnahme.

Entsprechend dem vorgenannten Beschluss ist ein Antrag auf Vorlage mehrerer Unterlagen zwar möglich, aber diese Schriftsätze müssen ausreichend und eingrenzend angegeben bzw. zumindest identifizierbar sein. Ausschließlich eine derartige Spezifizierung ermöglicht die Kontrolle der Ausführung des Beschlusses und die Sanktionierung einer etwaigen Verweigerung der Ausführung.

Die Abwickler spezifizieren ferner nicht, welche Unterlagen ihnen überhaupt übermittelt wurden und welche noch immer fehlen.

Angesichts der außergerichtlichen Weiterleitung von Unterlagen durch die CSSF an die Abwickler und in Ermangelung einer adäquaten Präzisierung bezüglich Art und genauer Anzahl der geforderten fehlenden Unterlagen, muss der gegen die CSSF gerichtete Antrag der Abwickler für nicht statthaft erklärt werden.

Zu dem gegen Ra Jacques ELVINGER gerichteten Antrag

Ra ELVINGER teilt mit, dass er ab Februar 2007 von der Bank Medici AG konsultiert worden sei, um in Luxemburg einen Investmentfonds einzurichten, der am 19. Februar 2008 gegründet wurde und dass sämtliche Schriftsätze des Dossiers ab 19. Februar 2008, dem Datum der Gründung der SICAV, den Abwicklern übermittelt wurden.

Ra ELVINGER ist der Auffassung, dass die der Gründung der Sicav vorausgehenden Schriftsätze erst nach der Zustimmung seiner seinerzeitigen Mandantin, der Bank Medici AG, oder in Vollstreckung eines Gerichtsbeschlusses übermittelt werden können, da die Übermittlung von Schriftsätzen zwischen einem Rechtsanwalt und seinem Mandanten grundsätzlich der Geheimhaltung unterliegt. Er erkennt an, dass man die Auffassung vertreten könne, dass die vor der formellen Gründung der SICAV durchgeführten Rechtshandlungen für Rechnung der in Gründung befindlichen Gesellschaft erfolgten.

Ra ELVINGER wertet den Antrag der Abwickler als einen Antrag, der die Vorlage eines Teils des Dossiers durch einen Rechtsanwalt bei seinem Mandanten zum Inhalt hat, so dass er der Auffassung ist, dass die Einhaltung der Bedingungen der Artikel 284 und 288 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung nicht gefordert ist und dass die Abwickler weder gezwungen sind, die geforderten Schriftsätze detailliert anzugeben, noch deren Zweckdienlichkeit für die Lösung des Streitfalls.

Aus den obigen Ausführungen ergibt sich, dass der Antrag auf Zwangsvorlage von Schriftsätzen abzuweisen ist, wenn er keine adäquate Spezifizierung enthält. Da der Richter gezwungen ist, den Streitfall entsprechend den Regeln des für ihn gültigen Rechts zu bearbeiten, hat er die Möglichkeit, wenn nicht sogar die Pflicht, unter Wahrung der Verteidigungsrechte, von Amts wegen die Rechtsmittel anzugeben, deren Anwendung aufgrund der Umstände erforderlich ist, die speziell von den Parteien zur Unterstützung ihrer Behauptungen geltend gemacht werden.

Im vorliegenden Fall legt die klageführende Partei das Folgende dar: "Der Bericht HERALD - Maître Jacques ELVINGER ist ein Mandanten/Rechtsanwalt-Bericht, der zeitlich vor der Gründung der Sicav angesiedelt ist..., die in ihrer Eigenschaft als Mandantin von Maître Jacques ELVINGER berechtigt ist, von ihm die Rückgabe, bzw. die Übermittlung einer Kopie des gesamten Dossiers zu verlangen".

Es besteht daher Veranlassung den Antrag als Antrag auf Erfüllung des Mandats- und Beratungsvertrags bzw. des Depotvertrags zu werten.

Wenn ein Rechtsanwalt von seinem Amt entbunden wird, muss er unverzüglich die von ihm verwahrten Schriftsätze sowie die Verfahrensschriftsätze zurückgeben.

Die Aktiengesellschaft österreichischen Rechts 20.10 Medici AG, früher Bank Medici AG, widersetzt sich dem Antrag der Abwickler, der gegen Ra Jacques ELVINGER gerichtet ist, da es sich um ein Dossier bezüglich des Schriftwechsels handele, der zwischen der Bank Medici und Ra ELVINGER während des Zeitraums stattfand, der der Gründung der Sicav HERALD vorausging, sowie um den Schriftwechsel bezüglich den Stellungnahmen und Rat schlägen, die Ra Jacques ELVINGER der Bank Medici erteilte und der nicht direkt mit der SICAV in der Form zu tun hat, die von der CSSF im Mai 2008 genehmigt wurde. Die genannte Gesellschaft führt hierfür als Begründung an, dass die Übermittlung der genannten Schriftsätze die Mitteilung von vertraulichen Informationen zur internen Organisation, zu Projekten hinsichtlich der Umstrukturierung dieser Organisation und zur Struktur der von der Beklagten vertriebenen Finanzprodukte mit sich bringe und dass diese Informationen Ra ELVINGER unter dem Schutze des Berufsgeheimnisses anvertraut wurden.

Laut Artikel 12 *bis* des Handelsgesellschaftsgesetzes vom 10. August 1915 in der geänderten Form des Gesetzes gilt, dass "diejenigen Personen, die für eine in Gründung befindliche Gesellschaft, bevor diese ihre Rechtsperson erhalten hat, irgendeine Verpflichtung übernommen haben, auch als Bürge oder Geschäftsführer, persönlich und gesamtschuldnerisch haften, sofern nicht etwas Gegenteiliges vereinbart wurde, wenn diese Verpflichtungen von der Gesellschaft nicht innerhalb von zwei Monaten nach ihrer Gründung übernommen werden oder wenn die Gesellschaft nicht innerhalb von zwei Jahren nach Entstehung der Verpflichtung gegründet wird. Wenn die Verpflichtungen von der Gesellschaft übernommen werden, gelten sie als von dieser von Anfang an vereinbart".

Die Ratifizierung dieser Art von Verpflichtungen unterliegt keiner besonderen formellen Regelung; entsprechend dem Gemeinrecht kann sie stillschweigend erfolgen, sofern sie sicher ist.

Die Abwickler, denen in dieser Hinsicht nicht widersprochen wird, betonen, dass die Ausarbeitung der Unterlagen bezüglich des Zeitraums vor dem 19. Februar 2008 hinsichtlich der Sicav HERALD von dieser honoriert wurde und dass diese Verpflichtungen des Promotors von der Sicav übernommen wurden. Der Vertrag mit Ra ELVINGER gilt als geschlossen und die Leistungen gelten seit Februar 2007 als zugunsten von HERALD erbracht.

Daraus ergibt sich, dass die Abwickler zurecht die Aushändigung dieser Unterlagen für Rechnung der Sicav fordern. Um das Berufsgeheimnis des Rechtsanwalts gegenüber der Bank Medici zu berücksichtigen, besteht Veranlassung zu der Erklärung, dass Ra ELVINGER die Daten bezüglich vertraulichen Informationen, deren Gegenstand die interne Organisation der früheren Bank Medici sowie andere Finanzprodukte als die von HERALD vertriebenen ist, zurückzuhalten bzw. zu schwärzen hat.

Ra ELVINGER erklärt, dass er die nach dem 19. Februar 2008 erstellten Unterlagen weitergegeben habe, so dass die Korrespondenz infolge der Aufdeckung des Madoff-Skandals am 11. Dezember 2008 bis zum Datum der Abwicklung nicht mehr vorgelegt werden muss.

Ra ELVINGER beantragt die Feststellung, dass er im Einklang mit diesem Beschluss gehandelt hat und dass daher Veranlassung besteht, ihn aus dem Verfahren herauszunehmen.

Der vorliegende Entscheid des Streitfalls zwischen den Antragstellern und Ra Jacques Elvinger ist in der ersten Instanz beendet. Allerdings wird Ra ELVINGER erst nach Vollstreckung des rechtskräftigen Entscheids aus den anderen Anträgen herausgenommen.

Zu dem gegen Ernst & Young gerichteten Antrag

Die Kläger legen dar, dass Ernst & Young nicht auf das Schreiben reagiert habe, das ihr von der CSSF am 10. April 2009 übersandt wurde und worin die Übermittlung der geprüften Konten zum Datum der Löschung der Sicav aus der offiziellen Liste der Sammelanlagegesellschaften (OPC), sowie des Berichts zum Jahresabschluss am 31. Dezember 2008 und des Berichts zur Prüfung der Geschäftstätigkeit der Sicav verlangt wurde, entsprechend dem Rundschreiben der CSSF 02/81 für den Zeitraum, der am 31. Dezember 2008 beendet war. Die Kläger erklären, dass sie keine Schriftsätze von Ernst & Young erhalten hätten und sie beantragen die Verurteilung von Ernst & Young, ihnen auf der Rechtsgrundlage der Artikel 60, 279 und 288 der neuen luxemburgischen Zivilprozessordnung das gesamte Dossier HERALD zu übermitteln, das sich in Händen von Ernst & Young befindet sowie insbesondere die vorgenannten Schriftstücke.

Gemäß den am 15. April 2011 zugestellten Parteianträgen erklären die Kläger, dass ihr Antrag zwei Teile enthalte, wobei sich der erste Teil auf das gesamte Dossier beziehe, das sich in Händen von Ernst & Young befindet und der zweite die geprüften Konten zu den drei von

der CSSF festgesetzten Terminen sowie den Bericht zur Prüfung der Geschäftstätigkeit der Sicav zum Inhalt hat. Die Kläger stellen fest, dass in diesem Stadium des Verfahrens die Unterlagen bezüglich dieses letztgenannten Teils ihres Antrags nicht vorliegen und sie beantragen zu Protokoll zu nehmen, dass sie diesen Punkt dem Ermessen des Gerichts unterwerfen.

Da es nicht möglich ist, eine Partei zu verurteilen, Schriftsätze einzubringen, ohne dass deren Existenz entweder mit Gewissheit feststeht oder doch zumindest wahrscheinlich ist, muss dieser Teil des Antrags aufgrund Nichtexistenz der verlangten Schriftsätze abgewiesen werden.

Die Antragsteller bestätigen, dass Ernst & Young ihnen Schriftsätze in elektronischer Form übergeben hat, d.h. insbesondere zwei CD-Roms, mit einer Kopie sämtlicher Unterlagen, die dem Revisor im Hinblick auf die Prüfung ausgehändigt wurden, bevor die Liquidatoren ihre Ämter antraten, ebenso wie ein Aktenbündel mit einunddreißig Schriftsätzen im Rahmen dieses Verfahrens. Die Liquidatoren haben geltend gemacht, dass sie über keinerlei Mittel verfügen, um zu überprüfen, ob die Übermittlung der Unterlagen durch Ernst & Young vollständig ist, so dass ihr Antrag sein Interesse behält. Die Liquidatoren beantragen daher die Befindung gemäß der verfahrenseinleitenden Schrift, wovon die Schriftsätze ausgenommen sind, die durch die Gesellschaft Ernst & Young im Rahmen des Verfahrens eingebracht wurden - d.h. ein Aktenbündel mit einunddreißig Schriftsätzen - und diejenigen, die auf den beiden CD-Roms enthalten sind, die den Liquidatoren übergeben wurden.

Entsprechend dem oben dargestellten Rechtsprinzip setzt die Möglichkeit der Anordnung einer Zwangsvorlage von Schriftsätzen voraus, dass die Existenz dieser Schriftsätze ausreichend und definitiv belegt ist. Im vorliegenden Fall ermöglichten jedoch die Untersuchungen in dem Rechtsstreit keine Kenntnis der Unterlagen, deren Vorlage verlangt wird, noch derjenigen, die sich bereits im Besitz der Liquidatoren befinden, außer dem Aktenbündel, das in der Instanz eingebracht wurde. Unter diesen Bedingungen ist keine Kontrolle der Vollstreckung eines etwaigen Entscheids bezüglich dieses Teils der Klage ins Auge zu fassen, weshalb der Antrag aufgrund des Mangels an ausreichender Präzision abgewiesen werden muss.

Die Abwickler beantragen die einstweilige Vollstreckung dieses Entscheids.

Im vorliegenden Fall existiert kein beglaubigter Titel oder eine anerkannte Zusage, noch eine vorhergehende Verurteilung durch ein nicht angefochtenes Urteil, wodurch die Erklärung einer einstweiligen Vollstreckung obligatorisch wäre.

Wenn die Erklärung der einstweiligen Vollstreckbarkeit fakultativ ist, wird ihre Anordnung dem Ermessen der Richter überlassen, die die beantragte Maßnahme in Erwägung der besonderen Umstände des ihrer Entscheidung unterworfenen Rechtsstreits anordnen oder ablehnen können. In dieser Hinsicht berücksichtigen die Richter insbesondere die jeweiligen Interessen der Parteien, den Grad der Dringlichkeit, ob Gefahr in Verzug ist, sowie die Vor- und Nachteile, die eine einstweilige Vollstreckung für die eine oder andere Partei mit sich bringen kann.

In Erwägung der konstruktiven Haltung von Ra. ELVINGER und der unangefochtenen Notwendigkeit, in der Untersuchung des Rechtsstreits voranzuschreiten, besteht Veranlassung zur Anordnung der einstweiligen Vollstreckung dieses Urteils.

Aus diesen Gründen:

Das Bezirksgericht von und zu Luxemburg, zweite Kammer, tagte kontradiktorisch in der Zusammensetzung für Zivil- und Handelssachen,

nimmt die Anträge, die gemäß Streitsachenverzeichnis Nr. 129903 und 130008 eingebracht wurden, in der reinen Form entgegen,

nimmt deren Verbindung zu **Protokoll**,

erklärt sich für nicht zuständig zur Bearbeitung des Antrags auf Vorlage des Verwaltungsdossiers, der gegen die "Commission de surveillance du secteur financier" gerichtet ist,

weist die Anträge auf Zwangsvorlage von Schriftsätzen ab, die gegen die "Commission de surveillance du secteur financier" und die Aktiengesellschaft Ernst & Young S.A. gerichtet sind,

erklärt den gegen Ra Jacques ELVINGER gerichteten Antrag für begründet,

fordert daher Ra Jacques ELVINGER auf, den Antragstellern die Unterlagen des Dossiers HERALD (Lux) zu übermitteln, die von der Zeit vor dem 19. Februar 2009 stammen und sich in seinen Händen befinden, d.h. genauer aber nicht ausschließlich:

- die Korrespondenz mit der CSSF im Rahmen des Zulassungsverfahrens,
- die Korrespondenz mit HSBC Securities Services im Rahmen der Aushandlung der verschiedenen Verträge, die von HERALD mit HSBC Securities Services geschlossen wurden,
- die Korrespondenz mit der Bank Medici im Rahmen des Zulassungsverfahrens,

verweist den Rechtsstreit mit der Nummer des Streitsachenverzeichnisses 129903 auf die öffentliche Sitzung zur Anhängigmachung vom 12. Oktober 2011,

setzt den Rechtsstreit mit der Nummer des Streitsachenverzeichnisses 130008 auf das allgemeine Streitsachenverzeichnis,

ordnet die einstweilige Vollstreckbarkeit des Urteils an;

behält sich die Entscheidung in der Kostenfrage vor.

gez.: PAULY, BRACHMOND

In dieser Weise geschehen, geurteilt und verkündet durch das Bezirksgericht von und zu Luxemburg, zweite Kammer, in der Zusammensetzung für Handelssachen in seinem Sitzungssaal im Justizpalast zu Luxemburg in der öffentlichen Verhandlung vom achten Juli zweitausendelf;

bei der anwesend waren:

Frau Odette PAULY, erste stellvertretende Vorsitzende,
Frau Nadine WALCH, erste Richterin,
Frau Carole ERR, Richterin,
Herr Paul BRACHMOND, Urkundsbeamter,

gez.: PAULY, BRACHMOND

Wir beauftragen hiermit sämtliche Gerichtsvollzieher auf der Grundlage dieses Ersuchens mit der Vollstreckung dieses Urteils,

unseren Generalstaatsanwalt sowie die Staatsanwälte bei den Bezirksgerichten mit der Überwachung der Vollstreckung,

sowie alle Beamten der öffentlichen Gewalt ihre Unterstützung zu leisten, wenn sie gesetzlich dazu aufgefordert werden.

Zur Urkunde dessen wurde dieses Urteil unterzeichnet und mit dem Siegel des Gerichts versehen.

Für die erste mit der Vollstreckbarkeitsformel versehene vollständige Abschrift, die auf Antrag an Maître Ferdinand BURG, bei Gericht zugelassener Rechtsanwalt, Abwickler der Partei HERALD (LUX) SICAV, und an Ra Ferdinand BURG (sic) ausgestellt wurde.

Luxemburg, den 18. Juli 2011

Der leitende Urkundsbeamte des Gerichts, i.A.

Rundstempel: BEZIRKSGERICHT VON LUXEMBURG
Stempel: Beglaubigte Kopie, unles. Paraphen